

PRESSEMITTEILUNG 11.08.2020

Mehrsprachigkeit ist eine Bereicherung!

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen zeigt sich irritiert über die Art und Weise, wie bei der aktuellen Debatte um das Türkischsprechen zweier 9-jähriger Mädchen in Blumberg mit Mehrsprachigkeit auf dem Schulhof umgegangen wird. Dass es nicht feinfühlig oder nützlich ist, Strafarbeiten zu erteilen, anstatt das Gespräch und den Dialog zu suchen, muss doch nicht verwundern. Ein Verbot der Muttersprache zu verhängen, ist der falsche Weg. Vielleicht ist er leichter und bequemer, es löst aber den Konflikt nicht.

Natürlich steht am Anfang aller Teilhabe in einer Gesellschaft die Sprache. Sie ist Türöffner und Kommunikationsbasis. Selbstverständlich muss man deutsch sprechen können, um mit seinen Mitmenschen zu kommunizieren. Und natürlich ist sie wichtig, um in der Schule, im Beruf und im Studium weiterzukommen. Aber auch Mehrsprachigkeit ist wichtig! Nicht umsonst belegt die Forschung den positiven Effekt der guten Kenntnis von Herkunftssprachen auf die Deutschkompetenz und auf die fachlichen Leistungen insgesamt!

Hätte das Stuttgarter Kultusministerium bereits umgesetzt, was der LAKA BW in seiner Petition zur Einführung herkunftssprachlichen Unterrichts in staatlicher Verantwortung fordert, gäbe es weder in Blumberg noch anderswo „Sprachprobleme“ auf dem Schulhof. „Dann wäre nämlich z.B. Türkisch ein an der Schule vermitteltes Bildungsgut und somit auch auf dem Schulhof willkommen“, erläutert Dejan Perc, Vorsitzender des LAKA BW.

Streit unter Schülerinnen und Schülern braucht Konfliktschlichtung und Training im Umgang mit Vielfalt, was der Schulgemeinschaft insgesamt zu Gute käme. „Den richtigen Gebrauch der deutschen Sprache muss das Kultusministerium fördern, indem es genügend Deputate zur Vermittlung von Bildungsdeutsch für alle zur Verfügung stellt“, betont abschließend das Vorstandsmitglied Helene Khuen-Belasi.

Hintergrundinformationen:

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) als parteiübergreifender, überethnischer und überkonfessioneller Verband vertritt die kommunalen Migrantenvertretungen in Baden-Württemberg. Der LAKA ist legitimer Ansprechpartner der Landesregierung (PartIntG BW § 10) und des Landtages, aller relevanten Organisationen auf Landesebene, vergleichbarer Migrantengremien in anderen Bundesländern und des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates (BZI).

Er setzt sich seit seiner Gründung 1998 auf politischer Ebene für die konstruktive Zusammenarbeit und Verständigung zwischen baden-württembergischen Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft ein. Wichtige Forderungen des LAKA sind das kommunale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs sowie die Einführung des herkunftssprachlichen Unterrichtes unter staatlicher Aufsicht an den Schulen in Baden-Württemberg.